



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/152 - 5. Juli 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Die grosse Woche in München / Zum Parteitag der SPD	S. 1
Posen und Algier	S. 3
Die Atompläne der Regierung Steinhoff	S. 5
Im Sande verlaufen / Zur Düsseldorfer Bestechungsaffäre	S. 6
Übersicht über die Rundfunk- und Fernsehsendungen vom 10. bis 16. Juli anlässlich des Parteitages in München	S. 7

Die Gegenwart erkennen - die Zukunft gestalten

Von Fritz Erler, M.d.B.

Der Parteitag der SPD in München wird keiner Frage ausweichen, die sich durch die Lage des deutschen Volkes für die praktische Politik einer so grossen Organisation stellt. Die Berichte des Parteivorsitzenden und der Bundestagsfraktion werden die Gelegenheit geben, auch zu den sehr schwierigen Problemen in aller Klarheit Stellung zu nehmen, die sich aus der von der Regierungskoalition erzwungenen Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Atlantikpaktes ergeben und die Partei bis in ihre kleinsten Einheiten hinein aufwüklen.

Der Münchener Parteitag ist aber mehr als ein Forum, auf dem über die tagespolitischen Entscheidungen der letzten Zeit diskutiert und der Kurs für die unmittelbar bevorstehende Zukunft bestimmt wird. Er ist vielmehr der Ort, an dem zum erstemal eine der entscheidenden politischen Kräfte Deutschlands Stellung nimmt zu den gewaltigen Veränderungen, denen die moderne Gesellschaft durch die zweite industrielle Revolution ausgesetzt ist. Viele Menschen sind sich dessen noch nicht bewusst, dass wir in diesen Umschmelzungsprozess längst eingetreten sind. Die zweite industrielle Revolution erfasst viel schneller als die erste den Erdball und wird Folgen nicht nur für die Industriestaaten, sondern

auch für alle anderen Länder haben.

Die Atomenergie kann Fluch oder Segen sein. Das Wettrennen auf dem Gebiet der Atomwaffen kann die Menschheit in die völlige Zerstörung stürzen, während die Auswertung jener Energiequelle für friedliche Zwecke eine gewaltige Ausdehnung der Produktivkräfte auf dem gesamten Erdball bedeuten würde. Selbst die friedliche Verwendung der Atomenergie kann Gefahren für die Gesundheit der Lebenden und der künftigen Generationen mit sich bringen, wenn nicht das blosse Gewinnstreben der Notwendigkeit untergeordnet wird, die Radioaktivität zu kontrollieren, um Gefahren abzuwenden. Deshalb geht der Kampf aller Sozialisten darum, die mörderischen Atom-Explosionen für militärische Zwecke einzustellen und die friedliche Entwicklungsarbeit in einer vom Interesse der Gesamtheit bestimmten Weise zu fördern und zu beaufsichtigen.

Gleichzeitig mit der Verwendung der Atomenergie dringt jene Produktionsweise vor, die unter dem Namen Automation bekannt geworden ist. Es handelt sich um den Ersatz nicht nur der menschlichen Muskelkraft und Geschicklichkeit, sondern auch weitgehend des menschlichen Gehirns durch die moderne Elektrotechnik. Die Automation kann den Lebensstandard aller Menschen so steigern, dass sie auch in den zurückgebliebensten Gebieten der Erde zur Abschaffung jeder Form der Armut führt, wenn ihre Einführung bewusst gestaltet wird und nicht allein den zufälligen Entscheidungen einiger Unternehmer überlassen bleibt. Die Erfahrungen der Rationalisierungsperiode nach dem zweiten Weltkrieg haben gezeigt, dass nur nach privatwirtschaftlichen Maßstäben betriebene Rationalisierung zu Massenarbeitslosigkeit und Krise führt. Die Automation wird nur dann zum Segen werden, wenn eine systematische Politik der gleichmässigen Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Erhaltung und Steigerung der Massenkaufrkraft mit wachsendem Waren-Angebot auch eine wachsende kaufkräftige Nachfrage gegenüberstellt. Schliesslich haben alle Investitionen nur einen Sinn, wenn die am Schluss aus der Produktion herauskommenden Waren gekauft werden können.

So erzwingt die Automation auf der einen Seite und ermöglicht

auch auf der anderen verlängerte Schulzeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohn-
erhöhung und menschenwürdige Altersversorgung. Es wird gewaltige Um-
schichtungen in der Bevölkerung geben. Der Anteil der angelernten und
ungelernten Arbeiter wird sinken, genau wie die Zahl der mit mecha-
nischen Arbeiten beschäftigten Bürokräfte, während auf der anderen
Seite die Nachfrage nach hochqualifizierten Facharbeitern, Technikern,
Ingenieuren, Betriebsplanern, Absatzorganisatoren usw. wachsen wird. Das
Gesamtbild der in der zweiten industriellen Revolution entstehenden Ge-
sellschaft wird geprägt sein von einer Arbeitsweise, die den Menschen
einen viel kürzeren Anteil seines Lebens unmittelbar in der Produktion
verbringen lässt, als das heute der Fall ist. Damit stellen sich zahl-
reiche Probleme der beruflichen Ausbildung und der Teilnahme an den kul-
turellen Gütern nicht nur unserer Nation, sondern der Menschheit.

Diese Entwicklung kann aber in Deutschland nur dann fruchtbar ein-
setzen, wenn wir den Anschluss an die uns fortgelaufenen Industrie-
staaten USA, Sowjetunion und Grossbritannien finden. Deutschland wird
in wenigen Jahrzehnten ein "unterentwickeltes" Land sein, wenn es nicht
den Anstrengungen von Bund, Ländern, Gemeinden und Wirtschaft und den
Bemühungen aller unserer gesellschaftlichen Kräfte gelingt, jenes Mass
an Ausbildungsmöglichkeiten für Forscher und Techniker zu schaffen, das
wir haben müssen, um den Weltstandard wieder zu erreichen. Das deutsche
Volk lebt nicht von der Landwirtschaft, sondern vom Verkauf seiner In-
dustrie-Erzeugnisse in der Welt. Es muss daher in der Qualität und
Preiswürdigkeit seiner Erzeugnisse wettbewerbsfähig bleiben.

Die Sozialdemokratie kann stolz darauf sein, dass sie als erste die
Bedeutung dieser gesellschaftlichen Prozesse für unser Volk und die
gesamte Menschheit auf einem grossen Parteitag zur Diskussion stellt,
um daraus ein Programm für ihre Politik zu entwickeln, das auf lange
Zeit die Zukunft Deutschlands und Europas entscheidend zu beeinflussen
imstande ist.

* * *

Mit zweierlei Maß

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der verzweifelte Aufstand der Posener Stahlarbeiter gegen die kommunistische Ausbeutung hat in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt. Die Solidaritätserklärungen, die von vielen Seiten kamen, waren ebenso Zeugnis dafür, dass die freie Welt nicht ohne Bewegung an der Entwicklung in Osteuropa Anteil nimmt, wie die Bereitschaft der USA, Lebensmittel nach Posen zu schicken, von dem begrüßenswerten Wunsche, verzweifelten Menschen zu helfen, diktiert war.

In Posen erhoben sich polnische Arbeiter gegen die Unfreiheit, in der sie seit 12 Jahren leben müssen. Tagelang wehrten sie sich gegen Panzer. Dass sie schliesslich gegen die bewaffnete Macht unterlagen, ist keine Abschwächung, weil ihr Aufstand der freien Welt - nicht anders als der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der Sowjetzone - zeigte, dass keine Diktatur auf die Dauer ein Volk niederhalten kann. Es wäre nicht verwunderlich, wenn der Posener Aufstand das Signal für Polen, Tschechen und Ungarn wäre, in einer grossen Volksanstrengung das aufgezwungene Regime zu stürzen.

In Posen standen zwei Tage lang Polen gegen die amtliche Tyrannei. In Algerien kämpfen seit dreizehn Monaten Algerier gegen die versammelte französische Militärmacht. Der Versuch der afro-asiatischen Gruppe in der UNO, die Algerienfrage auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats zu bringen, ist gescheitert. Seine Mehrheit machte sich den französischen Standpunkt zu eigen, dass Algerien ein Teil Frankreichs ist und die Auseinandersetzung der Algerier mit Paris eine innerfranzösische Sache ist. Lässt man diesen Standpunkt gelten, so ergibt sich, dass die französische Staatsmacht in vier afrikanischen Departements - Bone ist seit kurzem neben Algier, Constantine und Oran das vierte - einen regelrechten Krieg gegen französische Bürger führt, dass also in einer NATO-Macht ein Bürgerkrieg seit über einem Jahre durchgekämpft wird, mit NATO-Divisionen und NATO-Waffen.

Die Algerier wollen von Frankreich loskommen. Sie wollen die gleiche Unabhängigkeit haben wie ihre marokkanischen und tunesischen Nachbarn. Deshalb werden sie zusammengeschossen. Die Kampfformen dieses Bürgerkrieges sind grauenerregend wie die aller Bürgerkriege. Sie zeigen nur die Aussichtslosigkeit jeden Versuchs zur Beilegung ohne Endlösung,

die sich die Algerier nun einmal anders vorstellen als die Pariser Minister. Es muss für sie auch eine Warnung sein, zu sehen, wie - kaum, dass die Unabhängigkeitsabkommen mit Marokko und Tunesien unterzeichnet sind - neue Schwierigkeiten dort entstehen, weil Frankreich seine Stützpunkte wie Eiserta nicht aufgeben und seine Truppen nicht zurückziehen will, wobei der langsame Aufbau eigener Streitkräfte der jungen Staaten dazu herhalten muss, dass Paris behauptet, die Sicherheit dieser Gebiete verlange weiter französische Schutztruppen.

Der Westen verspielt eine Chance
- - - - -

Der Bürgerkrieg in Algier wird nun überraschenderweise in der Welt sehr viel anders beurteilt als der dreitägige Bürgerkrieg in Posen. Was den polnischen Empörern recht war, soll den algerischen Empörern aber nicht billig sein. Es gibt keine Proteste offizieller Art aus dem Westen, wie sie in diesen Tagen zu Posen mit Recht erfolgten. Dabei kennt man überall die französische These, dass Algerien zum Mutterland gehört. Aber man zieht aus dieser Pariser Behauptung nicht die Folgerungen. Man fordert nicht freie Wahlen für Algerien, damit 8 Millionen offen sagen können, dass sie nicht Menschen zweiter Klasse sind. Der amerikanische Ausserminister drückt die Hoffnung auf eine Regelung "im Geiste des Liberalismus" aus, und dabei bleibt es. Keine Lebensmittelgeschenke gehen an die sicher noch hungrigeren Araber dieses Landes.

Der Westen begibt sich damit einer grossen Chance. Denn Unterstützung finden die Algerier nur von gesantarabischer Seite. Es hätte auch eintreten können, dass die Verbündeten Frankreichs, fünfzehn insgesamt, dieses Ermahnen, eine faire Lösung zu finden und nicht dann erst Wahlen zuzusagen, wenn der letzte Freiheitskämpfer sein Leben ausgehaucht hat. Indem der Westen diese Chance, die sich ihm seit dreizehn Monaten bietet, nicht nutzt oder nicht nutzen will, untergräbt er selbst seinen Einfluss in einem Erdteil, der zukunftsträchtig wie keiner ist. Und andere ziehen Vorteil daraus, zu deren billigen Gewinn der Westen nicht noch selbst beitragen sollte.

* * *

Nordrhein-Westfalen gründet Atomzentrum

In Köln-Königsforst soll ein wissenschaftliches Zentrum für Forschungen auf dem Gebiete der Atomenergie errichtet werden. Man rechnet mit einer Aufbauzeit von insgesamt vier Jahren. Ein kleinerer Reaktor, der bereits in England bestellt worden ist, soll schon nach Ablauf eines Jahres betriebsfertig sein. Die Landesregierung erwartet, dass die Bundesregierung einen Teil der Kosten - für die gesamte Forschungsanlage werden voraussichtlich 80 Millionen DM benötigt - übernehmen wird. Sie will alle nur möglichen Kräfte einsetzen, um den zwischen der deutschen und ausländischen Kernforschung bestehenden Abstand zu verringern.

Die vorgesehenen zehn Institute sollen den Universitäten Köln, Bonn und Münster und der Technischen Hochschule Aachen übergeben und von ihnen gemeinsam betrieben werden. Das entspricht der in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Steinhoff festgelegten Auffassung der Landesregierung, dass auch auf diesem Gebiet jede Einengung durch starre Organisationsformen vermieden und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung unangetastet bleiben soll. Das gemeinsame Forschungszentrum wird den bereits erwähnten Forschungsreaktor, eine Isotopen-Trennanlage, einen Materialprüfungsreaktor, einen Brütmeiler sowie besondere Institute für Medizin, Biologie und Landwirtschaft, für Radio-Chemie, Isotopentrennung, Kernverschmelzung, für Flugzeug-Triebwerke und Atom-Elektrizitätswerke und ein Plutonium-Institut erhalten. - Zur Finanzierung der Planungsarbeiten und der ersten Aufbaustufe ist für dieses Jahr ein Betrag von 2,5 Millionen vorgesehen, der im nächsten Jahr auf 20 Millionen DM erhöht werden soll.

Neben der Arbeit in dem gemeinsamen Forschungszentrum, dessen vorgesehene Ausstattung auf Vorschläge der Atomkommission der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zurückgeht, soll die Atomforschung in grösster Breite auch in den Universitäten und der Technischen Hochschule Aachen betrieben werden. Als Grundlage dienen die Vorschläge des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Prof. Brandt, die von den deutschen Kultus-Ministern aufgegriffen wurden. Danach sollen für die verschiedenen Zweige der Atomlehre neue Lehrstühle eingerichtet werden. Ausserdem wird eine Verdoppelung der Assistentenstellen und eine wesentliche Vermehrung der Stellen für sonstige wissenschaftliche Hilfskräfte für notwendig gehalten.

Freilich gilt es noch, so schnell wie möglich ein anderes - 6 -

wesentliches Hemmnis zu beseitigen: der materiellen Not unter den Studenten muss Rechnung getragen werden. Es ist mit dem Interesse an einer gründlichen und gediegenen Hochschulbildung nicht zu vereinbaren, dass viele Studenten gezwungen sind, neben dem Studium ihre Kraft durch Erwerbsarbeit zur Fristung ihrer nackten Existenz zu vergeuden. Hier hat der Staat die Pflicht, durch die Gewährung von Stipendien in ausreichender Zahl zu helfen. Als Vorbild könnte England gelten, das für 1,2 Milliarden DM neue Ausbildungsstätten errichtete und jährlich 133 Millionen DM an Stipendien für seine Studenten bereitgestellt hat.

Nur mit äußerster Anstrengung kann Deutschland es noch schaffen, den Anschluss an die zweite industrielle Revolution rechtzeitig zu erreichen. Deutschland darf hier nicht versagen, wo praktisch zur Entscheidung steht, ob führende Nationen indirekt auf den Stand von Kolonialvölkern absinken werden.

* * *

Auch Düsseldorfer CDU gegen Lobby und Abgeordnetenbeeinflussung

G.M., Düsseldorf

In der Bundesrepublik bleiben allzu viele dunkle Vorgänge ungeklärt. Dazu gehören auch die Versuche, Düsseldorfer FDP-Abgeordnete während der NRW-Regierungskrise im Februar zu bestechen und sie dadurch zu veranlassen, gegen das konstruktive Misstrauensvotum von SPD und FDP gegen die Regierung Arnold zu stimmen. Nachdem der Landtag kürzlich dem ehemaligen CDU-Innenminister Dr. Franz Meyers in der Beleidigungsklage des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt die Immunität wegen des rein politischen Charakters der Auseinandersetzung nicht abgesprochen hat, scheint es zur Zeit keine rechtliche Handhabe zur Klärung dieser Bestechungsaffäre zu geben. Deshalb ist begrüßenswert, wenn Dr. Meyers, wie er vor der Düsseldorfer Presse sagte, ein Gremium aus Juristen beauftragt hat, dennoch einen geeigneten Weg zur Klärung der damaligen Vorfälle zu suchen.

Auch in anderer Beziehung scheinen die Sorgen über den Einfluss demokratisch nicht legitimierter Verbände auf die deutsche Politik nun auch Kreise der CDU jetzt zu beschäftigen. So erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Wilhelm Johner, zwar glaube er nicht an die Bestechungsversuche, aber ihm sei sehr wohl bekannt, dass noch vor den Wahlen Kandidaten durch interessierte Verbände aufgefordert wurden, sich schriftlich zu einer ganz bestimmten Haltung gegenüber Gesetzen zu verpflichten, die später vor dem Parlament kommen würden. Ein solches Ersuchen widerspricht entschieden dem Artikel 21 des Grundgesetzes, wonach Abgeordnete nur ihrem Gewissen verantwortlich sind. Interessanterweise übernahm dann auch Dr. Meyers eine alte Forderung der SPD und sprach sich dafür aus, dass die Lobby in Bonn und Köln beim Bundestag registriert werden solle.

Diese Erklärung^{en} sollten mit dazu beitragen, dass endlich das im Grundgesetz vorgesehene Parteiengesetz im Bundestag vorgelegt und angenommen wird.

* * *

Sendungen in Rundfunk und Fernsehen anlässlich des Parteitages in
München zwischen dem 10. und 16. Juli 1956

Sender	Tag und Uhrzeit der Sendungen						
	10.7.	11.7.	12.7.	13.7.	14.7.	15.7.	16.7.
Bayer. MW	18.00	18.00	18.00	18.00			18.00
Rdfk. UKW	21.00	21.00	21.00	21.00			21.00
NDR/WDR MW	18.35	18.35	18.35	18.35	18.35x		
NDR UKW-Nord							19.45x
WDR UKW-West						12.00x	
Radio MW	19.15	19.15	19.15				19.15
Bremen UKW				19.00			
Sender Freies Berlin	1. Progr. 2. "	18.30	18.30	22.10		12.00x	
Hess. MW	22.05	19.00	21.00				
Rdfk. UKW						22.30	
Südd. MW	19.00	19.00	18.30	19.00		19.00	
Rdfk. UKW						12.00x	
Süd- west- funk	1. Progr. (zw. 19.35 gr. (u. 20.00 ^x)	19.00	19.45				(zw. 19.35 (u. 20.00 ^x 21.10
	2. Progr. (zw. 22.30 gr. (u. 22.55			11.00			(zw. 22.30 ^x (u. 22.55 ^x
RIAS 1. Progr.	2.15				18.15 21.15	10.30 21.15x	
2. Progr.	20.45				17.45 20.45	10.30 20.45x	
Saarl. MW	(zw. 19.35 (u. 20.00	(zw. 19.35 (u. 20.00 ^x	wie Vortag		wie 12.7.		
Rdfk.							
Fern- sehen		(zw. 20.00 (u. 20.20		21.55		12.00x	(zw. 20.00 (u. 20.20

Bei den mit x gekennzeichneten Sendungen handelt es sich um Kommentare und andere Eigensendungen des Rundfunks. Alle übrigen Sendungen sind Ausschnitte aus den Referaten und Diskussionsbeiträgen, Interviews mit den Rednern und andere Sonderbeiträge

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau